

Kürzung der Solarförderung: Kritik an der Bundesregierung

Arbeitsplätze gefährdet

Die IG Metall wehrt sich gemeinsam mit ihren Betriebsräten in der Solarbranche gegen die Pläne der Bundesregierung, die Solarförderung zu kürzen. Unterstützt wird sie dabei auch vom Bundesverband Solarwirtschaft.

„Sollten die Kürzungspläne umgesetzt werden, droht eine Insolvenzwelle und der Verlust tausender Arbeitsplätze. Dies ist vor dem Hintergrund existenzgefährdend, da bereits zum 1. Januar 2011 erneut eine deutliche Reduzierung der Fördersätze vorgesehen ist“, sagt Carsten Körnig, Geschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft. Er verlangt von der Bundesregierung, ihre Pläne nachzubessern, um den Produktionsstandort Deutschland zu erhalten.

Die IG Metall hat ihre Kritik bei einem Gespräch der DGB-Gewerkschaften über energiepolitische Fragen mit dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Norbert Röttgen (CDU), im Februar vorgetragen. Außerdem haben sich Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, und Wolfgang Rhode, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, per Brief an den Bundesminister gewandt. Sie fordern Röttgen „zu einer Rücknahme der geplanten einmaligen zusätzlichen Absenkung bei der Photovoltaikvergütung“ auf (siehe Kasten rechts).

Der BUND kritisiert „die Hoppla-Hopp-Entscheidungen mit Pi-mal-Daumen-Werten“. Einer Entscheidung über die Höhe der Solarstromvergütung müssten Experten unab-

hängiger Gutachter und eine parlamentarische Debatte ohne Zeitdruck vorausgehen“.

Anfang Februar haben über 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mehr als 35 Unternehmen mit zahlreichen Kundgebungen und Aktionen an die Bundesregierung appelliert, ihre wirtschaftliche Existenz nicht zu gefährden und am Solarstandort „Made in Germany“ festzuhalten. Mit Unterschriftensammlungen und Flugblatt-Aktionen in den Solarbetrieben beteiligt sich daran auch die Verwaltungsstelle Erfurt.

Die Photovoltaikbranche hat in Deutschland rund 60 000 Beschäftigte in überwiegend mittelständischen Betrieben. Die industriellen Fertigungsstandorte befinden sich insbesondere in Ostdeutschland.

Die jetzige Lage

- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert eine Vergütung von derzeit bis zu 39 Cent pro Kilowattstunde Strom aus Photovoltaikanlagen. Sie wird per Umlage von allen Stromkunden bezahlt.
- Im EEG bereits gesetzlich verankert ist eine Degression der Vergütungssätze für Strom aus Photovoltaik um neun Prozent jeweils Anfang 2010 und Anfang 2011.

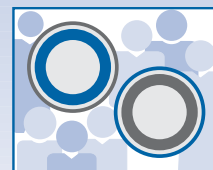
IG Metall-Brief an Minister Norbert Röttgen

Den „Abbau der bestehenden Überförderung der Photovoltaik“ hält die IG Metall für „erforderlich“. Das Pendel darf aber nun nicht in das andere Extrem ausschlagen. „So heißt es in einem Scheiben, das Berthold Huber und Wolfgang Rhode an den Bundesumweltminister Norbert Röttgen gerichtet haben. Mit der geplanten Gesetzesinitiative zur Kürzung der Photovoltaikvergütung im Erneuerbaren-Energien-Gesetz verbinden sie die Sorge, dass industrielle Fertigungsstandorte, insbesondere in Ostdeutschland, gefährdet werden könnten. Die IG Metall wolle aber keine „Dauersubvention, sondern Investitionssicherheit für die Unternehmen – orientiert am technologischen Fortschritt“.

Saubere Energien – GUTE ARBEIT

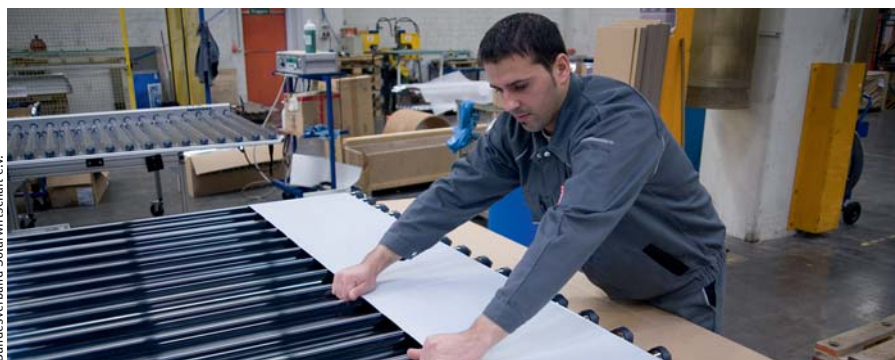
Huber und Rhode bitten den Minister gemeinsam mit den Betriebsräten, „an einem ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien festzuhalten und sich für neue Beschäftigung in einer Zukunftsbranche einzusetzen“. Gleichzeitig kritisieren beide Metaller die Arbeitsbedingungen und die schlechte Entlohnung in der Branche. „Hier sehen wir noch dringenden Nachholbedarf.“ Gerade deshalb müssten die Rahmenbedingungen ausreichend Chancen für Innovationen und Investitionen in den Unternehmen ermöglichen. Es müsse eine Perspektive für qualifizierte und gut bezahlte Arbeit geben.

MASCHINENBAU

**Menschen setzen Maßstäbe**

Kontakt für Beschäftigte und Betriebsräte:

➤ martina.winkelmann@igmetall.de



- Demgemäß sind die Vergütungssätze zum 1. Januar 2010 bereits um neun Prozent gesunken.

Neue Pläne

Das Bundesumweltministerium beabsichtigt nun, die Photovoltaik-Vergütung einmalig zusätzlich abzusenken, und zwar um

- 15 Prozent für Dachanlagen zum 1. April 2010,
- 15 Prozent für Freiflächenanlagen zum 1. Juli 2010 und
- 25 Prozent für Freiflächenanlagen auf Ackerflächen zum 1. Juli 2010.

Eckpunkte für die IG Metall

Richtig ist es, die bestehende Überförderung der Photovoltaik zurückzufahren und die bestehenden Mitnahmeeffekte zu Lasten der Stromverbraucher abzubauen. Das geschieht durch die im EEG bereits verankerte Degression von neun Prozent zum 1. Januar 2010 und zum 1. Januar 2011. Darüber hinaus erscheint eine einmalige zusätzliche Kürzung von fünf Prozent zum 1. Juli 2010 tragbar.

Wolfgang Rhode spricht sich ausdrücklich dafür aus, „den Photovoltaikstandort Deutschland zu stärken“. Es sei ein wichtiges industriepolitisches Ziel der IG Metall, die erneuerbaren Energien zu fördern und gleichzeitig die Herstellerindustrie aufzubauen. Dies dürfe nicht durch eine zu kurzfristige und überzogene Reduzierung der EEG-Vergütung in Frage gestellt werden. Ein reiner Preis- oder Kostenwettbewerb werde dagegen die asiatischen Hersteller begünstigen und zu verstärktem Kosten- und damit Verlagerungsdruck in der Branche führen.

Perspektiven für neue Arbeitsplätze

Die Investitionen in neue Standorte und der Aufbau neuer Arbeitsplätze in der Photovoltaikindustrie müssen langfristig gesichert werden, so fordert es die IG Metall. Das bedeutet nicht Dauersubvention, sondern Planungssicherheit für die Unternehmen – orientiert am technologischen Fortschritt. „Die IG Metall will für die Beschäftigten eine Perspektive für qualifizierte und gut bezahlte Arbeit entwickeln. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen ausreichend Chancen für Innovationen und Investitionen in den Unternehmen ermöglichen“, erklärt Wolfgang Rhode.



Foto: Aleo Solar AG

„Nachgehakt im Betrieb“

Die geplanten Änderungen des EEG führen bei der Belegschaft zu großer Verunsicherung, vor allem aber befürchten viele, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Einstellungsstopp ist die Folge. Das bedeutet für rund 30 Leiharbeiter, dass sie nicht, wie beabsichtigt, übernommen werden. Gleichzeitig erhöht sich der Druck durch die Kunden, die noch zu alten Bedingungen ordern wollen. Außerdem werden die Installationen durch die Witterung beeinflusst.

- **Maik Reichow, Betriebsratsvorsitzender bei aleo solar AG in Prenzlau**

Wir als Betriebsrat von Conergy sind wütend und entrüstet über die vorgesehene aggressive Kürzung der Einspeisevergütung durch die Bundesregierung. In der Region Frankfurt/Oder arbeiten 2 000 Kollegen unmittelbar in der Solarbranche und sehen nach Jahren des Niedergangs endlich ihre Zukunft in dieser strukturschwachen Region. Durch diesen Aktionismus der Bundesregierung kehren die Ängste und die Verunsicherung zurück. Wir haben im Herbst vergangenen Jahres unsere Fabrik auf Vollast gefahren. Die Beschäftigtenzahl stieg zum Jahresende signifikant. Wir etablieren uns am Markt mit einem starken Produkt.

Wir als Betriebsrat kämpfen für die Übernahme der Leiharbeiter in Festanstellung für einen sicheren und guten Arbeits-

platz für alle Beschäftigten. Kollegen aus den verschiedensten Berufen haben in der Solarindustrie eine berufliche Heimat gefunden und sehen diese jetzt gefährdet. Schluss mit der Schnellschusspolitik des Herrn Röttgen. Wir fordern eine seriöse Förderungspolitik und Planungssicherheit für unsere Branche und somit für jeden einzelnen Beschäftigten. Zusätzliche Kürzungen der Einspeisevergütung sollten in kleineren Schritten über einen längeren Zeitraum vollzogen werden.

- **Harald Frick, Betriebsratsvorsitzender bei Conergy in Frankfurt/Oder**

Solibro hat gerade die zweite Solar-Fabrik in Betrieb genommen, in der insgesamt rund 300 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Diese positive Entwicklung in Thalheim wird durch die geplanten Änderungen der EEG-Photovoltaikvergütung massiv gestört. Die Belegschaft fühlt sich in ihren Anstrengungen um ein gutes Produkt verunsichert, da die Änderungen der EEG-Einspeisevergütung die Arbeitsplatzsituation unsicherer werden lässt. Der Zeitraum und die geplante Vorgehensweisen werden somit als nicht geeignetes Instrument angesehen, um die 500 Arbeitsplätze in Thalheim zu sichern.

- **Christian Kostyra, Betriebsratsvorsitzender bei Solibro in Thalheim, Dessau (Tochterunternehmen von Q-Cells)**

Impressum

Herausgeber: IG Metall Vorstand, Wolfgang Rhode, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/Main
Redaktion: Reinhard Hahn, Bernd Lauenroth, Funktionsbereich Handwerk/Betriebspolitik KMU/Maschinenbau
E-Mail: maschinenbau@igmetall.de, Text und Layout: WAHLE & WOLF, 56479 Elsoff